

Ostschweizer Gewerbeverbände

Positionspapier

«Frankenstärke und KMU – Was die Politik tun muss!»



Kantonaler Gewerbeverband
Schaffhausen

Bündner Gewerbeverband

Unione grigionese delle arti e mestieri
Uniun grischuna d'artisanadi e mastergn

Dachorganisation der gewerblichen Wirtschaft



KANTONALER GEWERBEVERBAND ZÜRICH

gewerbe
st.gallen



Einleitung

Die Aufhebung des Euro-Mindestkurses im Januar dieses Jahres hat die Schweizer Unternehmen vor grosse Herausforderungen gestellt. Die ersten Auswirkungen sind deutlich spürbar. Durch die massive Aufwertung des Frankens sind die Margen entsprechend unter Druck geraten. Solche Preiserhöhungen sind für die Unternehmen weder bei den Dienstleistungs- noch bei den Warenexporten einfach zu verkraften. Es ist nach einer gewissen Umstellungsphase damit zu rechnen, dass die Binnenwirtschaft ebenso betroffen sein wird. Die Halbjahresergebnisse vieler Unternehmen in der Schweiz lassen bereits entsprechende Rückschlüsse zu.

Situation in den Kantonen der Ostschweiz

Die Kantone Schaffhausen, Graubünden, Zürich, St.Gallen, Thurgau und Appenzel Ausserrhoden sind als Grenzregionen in mehrerer Hinsicht von der aktuellen Währungssituation stark betroffen. Durch die Aufhebung des Mindestkurses im Januar 2015 hat sich die Situation weiter verschärft. Es drohen schwerwiegende Arbeitsplatzverluste und eine Ausdünnung des Versorgungsangebotes in den Grenzregionen. Die Grenzlage stellt derzeit ein bedeutendes Hemmnis für die wirtschaftliche Entwicklung dar.

Der starke Franken beflügelt nicht erst seit dem 15. Januar 2015 den Einkaufstourismus und führt insbesondere in den Grenzregionen zu einem bedeutenden Kaufkraftabfluss, was den Druck auf das lokale Gewerbe und den Detailhandel deutlich erhöht. Gemäss GfK-Studie¹ zum Einkaufstourismus flossen bereits im Jahr 2013 6.2 Mia. Franken ins Ausland, davon 4.8 Mia. nach Deutschland. Gemäss neuesten Zahlen der Universität St.Gallen² bewegt sich heute der Kaufkraftabfluss in der Höhe von 10 Mia. Franken.

Die Kantone Thurgau und Schaffhausen weisen eine überdurchschnittliche Industrialisierung mit hohem Exportanteil auf, was neben der Grenzlage eine zusätzliche Herausforderung für die Sicherung der Arbeitsplätze darstellt. Die Betroffenheit der KMU in den Grenzkantonen widerspiegelt sich in der starken Zunahme an Kurzarbeitsgesuchen. Als wirtschaftlich stärkste Region der Schweiz, hat der Kanton Zürich ein zentrales Interesse an konkreten Schritten zur Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Graubünden als Tourismuskanton ist ebenfalls ausserordentlich stark tangiert.

Die anhaltende Planungsunsicherheit in der Umsetzung angenommener Initiativen und anstehender Reformen stellt die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Schweiz zusätzlich in Frage. Derzeit halten Unternehmen Investitionen zurück oder tätigen diese an Konkurrenzstandorten. Zudem drohen gerade in Grenzregionen die Abwanderung mobiler Funktionen und damit der Abbau gutbezahlter Arbeitsplätze.

¹ GfK-Studie «Auslandeinkäufe 2013», Februar 2014

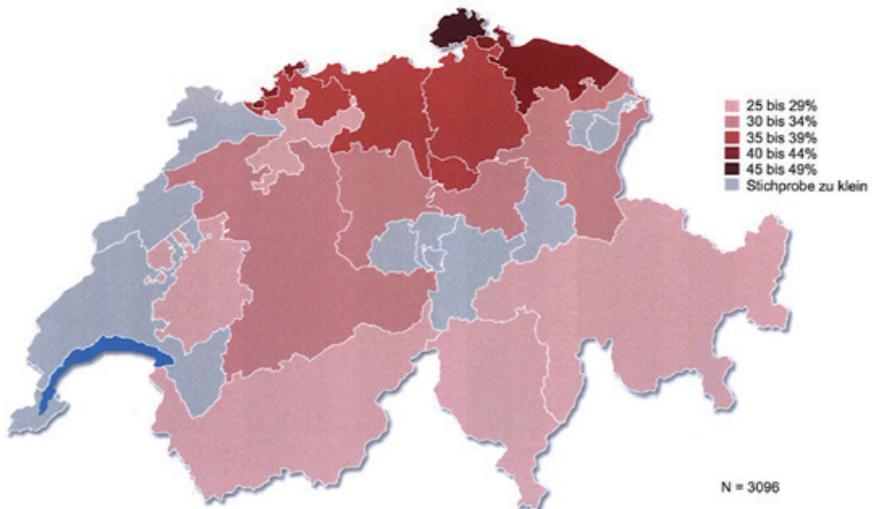
² Studie der Universität St.Gallen «Einkaufstourismus Schweiz 2015 : Eine Studie zu den aktuellen Entwicklungen des Einkaufstourismus», Juni 2015

Dies akzentuiert die negativen Auswirkungen auf den Konsum und die sinkende Nachfrage bei den KMU, die wegen der Nähe zu Deutschland und der Frankenstärke schon stark gefordert sind, zusätzlich.

Die folgenden Forderungen an Politiker, Regierungen und Gemeinden der Kantone Schaffhausen, Graubünden, Zürich, St.Gallen, Thurgau und Appenzell Ausserrhoden sind angesichts der aktuellen Situation nicht einfach Wünsche, sondern eine absolute Notwendigkeit. Die Gewerbeverbände erwarten von der Politik kein Konjunkturprogramm und keine Finanzspritzen. Vielmehr fordern sie von den Räten, unverzüglich konkrete Massnahmen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen zu beschliessen und diese konsequent umzusetzen. Neben der Politik sind auch die Verwaltungen und die Sozialpartner aufgefordert, die Belastungen der KMU zu stoppen und politische Unsicherheiten zu beheben.

Bedarfsdeckung im Ausland nach Kantonen (branchenübergreifend)

Wieviel Prozent Ihres Bedarfs decken Sie durch Einkäufe im grenznahen Ausland?



Lesebeispiel: Befragte aus dem Kanton Zürich decken 35-39% ihres branchenübergreifenden Bedarfs durch Einkäufe im grenznahen Ausland.

Abbildung 1: Studie der Universität St.Gallen «Einkaufstourismus Schweiz 2015: Eine Studie zu den aktuellen Entwicklungen des Einkaufstourismus», Juni 2015, Seite 12

Handlungsfelder



Handlungsfeld 1: Moratorium für weitere Belastungen und Regulierungen

Es braucht ein Kosten-Moratorium. Diverse geplante Gesetzesvorhaben und belastende Projekte sind zurückzustellen. Hier sind Politik und Verwaltung gefordert, gezielt Akzente zu setzen.

Die Ostschweizer Gewerbeverbände erwarten von den Politikern aus ihren Kantonen, dass sie folgende Vorlagen ablehnen:

- **«Energierstrategie 2050»**
Keine Erhöhung der Energieabgaben!
- **«Aktienrechtsreform»**
Keine Überregulierung inkl. Lohnpolizei!
- **«Bürokratische oder protektionistische Auflagen in der Swissness-Vorlage»**
Kein Bürokratiemonster!
- **«Grüne Wirtschaft»**
Keine Revision des Umweltschutzgesetzes auf dem Buckel der Wirtschaft!



Handlungsfeld 2: Ausräumung von Planungsunsicherheiten

Die Währungssituation stellt KMU und Gewerbe vor grosse Herausforderungen. Zusätzliche Planungsunsicherheiten infolge fehlender Handlungsbereitschaft in Politik und Verwaltung verhindern, dass KMU und Gewerbe die richtigen unternehmerischen Entscheide treffen können. Sie brauchen sichere politische Rahmenbedingungen durch klare Entscheide und eine schnelle Umsetzung durch Politik und Verwaltung.

Die Ostschweizer Gewerbeverbände erwarten von den Politikern aus ihren Kantonen, dass sie sich für folgende Anliegen einsetzen:

- Umsetzung der Unternehmenssteuerreform III in vorliegender Form ohne weitere Belastung von Unternehmen mit neuen Steuern (Kapitalsteuer) und Abgaben
- Sicherung der bilateralen Verträge und schnelle Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative mit klaren Kriterien und unbürokratischen Prozessen



Handlungsfeld 3: Abbau bestehender administrativer Belastungen

Die KPMG-Studie im Auftrag des Schweizerischen Gewerbeverbandes hat ergeben, dass die administrativen Belastungen für Unternehmen in der Schweiz sehr hoch sind. Der Umfang von Verwaltungstätigkeiten hat in den letzten zehn Jahren zugenommen und bindet immer mehr Kapazitäten der Unternehmen. Darunter leiden Produktivität und Innovation der KMU.

Die Ostschweizer Gewerbeverbände erwarten von den Politikern aus ihren Kantonen, dass sie sich für folgende Anliegen einsetzen:

- Keine Erhöhung und keine neuen Abgaben, insbesondere keine Erhöhung der kostendeckenden Einspeisevergütung (KEV)
- Vereinfachung der Mehrwertsteuer (Verzicht auf Ausnahmeregelungen) und Einführung eines Einheitssatzes
- Konsequente Anwendung der Regulierungsfolgenabschätzung (RFA) durch eine unabhängige Prüfstelle bei neuen Gesetzen und Regulierungen
- Personalstopp in der Verwaltung bei Bund und Kantonen – keine Konkurrenzierung der Privatwirtschaft
- Vereinfachung der Verfahren und Reduktion von Abgaben und Regulierungskosten in den Bereichen:
 - Rechnungslegung und Revisions(aufsichts)recht
 - Arbeitssicherheit und Unfallversicherung
 - Baurecht und Umweltrecht
 - Zoll
- Klare und einfache Reduktionsziele wie «one-in, two-out» zum Abbau und Verhinderung neuer Bürokratie



Handlungsfeld 4: Stärkung des Standortes Schweiz durch Marktöffnungen, Innovation und Ausbau der Verkehrsinfrastruktur

Die Schweizer Wirtschaft braucht für die Stärkung des Standorts Schweiz optimale Rahmenbedingungen in den Bereichen Innovation, Marktzugang und Infrastruktur. Sie sind Voraussetzungen für die Schaffung und den Erhalt von Arbeitsplätzen.

Die Ostschweizer Gewerbeverbände erwarten von den Politikern aus ihren Kantonen, dass sie sich für folgende Anliegen einsetzen:

- Aufnahme von Gesprächen und schneller Abschluss eines Freihandelsabkommens mit der EU im Agrar- und Lebensmittelbereich
- Schneller Abschluss weiterer Freihandelsabkommen insbesondere mit den USA
- Stärkung des Innovations- und Forschungsstandortes Schweiz durch Förderung der Unternehmensvernetzung
- Unterstützung aller Massnahmen zur Förderung der Beschaffungsfreiheit der KMU im In- und Ausland, beispielsweise bei der Zulassung von Parallelimporten
- Beschaffungen durch die öffentliche Hand – wo möglich – in der Schweiz
- Realisierung von Strassenbauprojekten, insbesondere von aufgeschobenen Autobahnprojekten, um volkswirtschaftlichen Schaden durch Stautunden zu minimieren



Handlungsfeld 5: Sicherung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen durch unternehmerische Handlungsfreiheit

Das Gewerbe ist bestrebt, Arbeits- und Ausbildungsplätze zu erhalten bzw. auszubauen. Doch unsinnige und schädliche Forderungen gefährden Arbeitsplätze – dies gilt es unter allen Umständen zu vermeiden.

Die Ostschweizer Gewerbeverbände erwarten von den Politikern aus ihren Kantonen, dass sie sich für folgende Anliegen einsetzen:

- Flexibilisierung der Arbeitszeiten und branchenspezifische Verlängerung der Arbeitszeiten, um heutigen Konsumbedürfnissen der Schweizer Bevölkerung gerecht zu werden
- Teilharmonisierung der Ladenöffnungszeiten im Detailhandel als Mindeststandard: von Montag bis Freitag von 6 bis 20 Uhr und am Samstag von 6 bis 19 Uhr. (Die kantonale Hoheit zur weitergehenden Verankerung innerhalb des Arbeitsgesetzes soll gewahrt bleiben.)
- Verhinderung der Ausweitung von Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Gesamtarbeitsverträgen (AVEG) durch Aufweichen der Quoren
- Kein Missbrauch von flankierenden Massnahmen für die Überregulierung des Arbeitsmarktes
- Einführung von Gesamtarbeitsverträgen als ultima ratio – keine flächendeckende Einführung!
- Stärkung der dualen Berufsbildung – Anerkennung und Aufwertung der Schweizerischen Berufsbildungsabschlüsse im internationalen Umfeld
- Herstellung der Gleichwertigkeit von Berufsbildung und akademischer Bildung und Gewährleistung auch in finanzieller Hinsicht

Kontakte

Kantonaler Gewerbeverband Schaffhausen

Karin Spörli, Geschäftsführerin
Herrenacker 15, Postfach 817
8201 Schaffhausen
Tel. 052 632 40 40, Fax 052 632 40 41
info@gewerbe-sh.ch

Bündner Gewerbeverband

Jürg Michel, Direktor
Haus der Wirtschaft
Hinterm Bach 40, Postfach
7002 Chur
Tel. 081 257 03 23, Fax 081 257 03 24
info@kgv-gr.ch

Kantonaler Gewerbeverband Zürich

Thomas Hess, Geschäftsleiter
Badenerstrasse 21, Postfach 2918
8021 Zürich
Tel. 043 288 33 66, Fax 043 288 33 60
info@kgv.ch

Kantonaler Gewerbeverband St.Gallen

Felix Keller, Geschäftsführer
Oberer Graben 12, Postfach
9001 St. Gallen
Tel. 071 228 10 40, Fax 071 228 10 41
sekretariat@gsgv.ch

Gewerbe Thurgau

Brigitte Kaufmann, Bereichsleiterin Politik
Thomas-Bornhauser-Strasse 14, Postfach 397
8570 Weinfelden
Tel. 071 626 05 05, Fax 071 626 05 00
info@tgv.ch